

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., bei direktem Postweg ohne Zustellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate stellen Sie schriftlich, Nonparade-Blatte oder deren Raum 15 Pf., „Mehre Anzeigen“ das letzte Blatt 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leserausdruck 30 Pf., „Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 8. Februar 1919

Nummer 70

Der Kuhhandel um die Regierung.

Die Regierungsbildung.

In Weimar ist der Kuhhandel in vollem Gange. Die Rechtssozialisten sind eifrig bemüht, nicht nur die Demokraten, sondern auch die Liberalen zur Unterstützung des Sozialismus und der Freiheit, die sie meinen, zu gewinnen. Die alte Reichstagsmajorität, die während des Krieges so herrlich funktioniert hat, soll bis auf einige Nationalliberale, die die Konjunktur nicht rechtzeitig erkannt haben, wiederhergestellt werden. Das Zentrum herrscht noch ein wenig, aber das hat nicht viel zu bedeuten. Die „Germania“ sieht in der Rede Eberts schon die breite Basis gemeinsamer Arbeit und konstatiert, daß die rechtssozialistischen Führer ein kulturelles Programm für die Zukunft nicht aufgestellt haben, was die Kluge „Germania“ ganz richtig als den Verzicht auf ein solches Programm deutet. Und deshalb findet das Zentrum seine Vereitelungswilligkeit in sich an einer breiten Parteiregierung zu beteiligen. Natürlich nur, um die wichtigen vaterländischen Interessen zu wahren.

Was eine solche Regierung bedeuten würde, darüber wird ja noch zu sprechen sein. Heute beanügen wir uns nur mit der Konstatierung, daß die Rechtssozialisten nicht nur die bürgerlichen Demokraten, sondern sogar die liberale Reaktion in ihren Bund aufzunehmen sich die größte Mühe geben. Das, obwohl auch ohne die Zentrumstimmen, die Majorität für die Ebert, Scheidemann, Bayer und Raumann vorhanden wäre.

Die Arbeiter gegen den neuen Militarismus.

Die Erregung der Arbeiterschaft wegen der Bremer Vorgänge dauert an. Der Hamburger A. und S.-Rat hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die gemeinsame Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates Hamburg verurteilt auf scharfste das Einbrechen der Division Gerstenberg gegen Bremen. Nachdem die Grundlage zu einer Einigung in dem Rücktritt der bisherigen Volksbeauftragten und der Ablieferung der Waffen an das A. u. S. gegeben war, mußte es Aufgabe der Regierung sein, die Division Gerstenberg zurückzuführen und damit Blutvergießen zu vermeiden.

Nachdem aber zum Schaden der Arbeiterklasse die Division Gerstenberg doch in Bremen eingedrungen ist, und sehr schädliche Arbeitserlöse verpfändet wurde, verweigert der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat die sofortige Zurückziehung der Division aus Bremen und Weisung durch Leipzig des A. u. S.

Es werden die Regierung dringend auf, unserem Antrag zu entsprechen, damit weiteres Blutvergießen vermieden wird.

Auch das rechtssozialistische „Gamb. Echo“ ist mit der Regierung seiner Parteifreunde nicht einverstanden. Es schreibt zur Rechtfertigungsrede Kosses:

„In die Weimarer Tagung fällt schwer und dunkel das Bremer Ereignis hinein. Kosses Rechtfertigung war eine scharfe Anklage gegen die Gewaltmethode der Rechtsradikalen. Wir erkennen ohne weiteres an, wie tiefen Schmerz die Aufgabe der Regierung war, sich Ansehen zu verschaffen, um die Ehre zu gewinnen, dem hungernden Deutschland Nahrung zu geben. Wir wissen auch, daß die äußersten Extreme keinen Sinn für diese Sorgen haben, und daß sie gerade solche Schwierigkeiten begründen, um das von ihnen gewünschte Chaos zu beschleunigen. Aber trotz alledem ist dieses Bremer Ereignis für uns Sozialisten nur schwer zu ertragen. Wir werden die Sorge um die Konsequenzen nicht los. Noch einige solcher Siege wie in Berlin und Bremen und das Offizierskorps und die bürgerlich-reaktionäre Reaktion hat das, was sie braucht: ein mit neuem Selbst- und Kraftbewußtsein ausgerüstetes militärisches Instrument. Von diesen Konsequenzen hat Kosses nicht gesprochen. Und sind sie aber die wichtigsten. Kann die Offiziersklasse wieder ihr Haupt erheben, dann reden sich die anderen Elemente der Reaktion ebenfalls. Das gilt es zu bedenken und zu verhindern. In Weimar wird auch darüber in den nächsten Tagen ernst genug gesprochen werden.“

Dagegen scheinen die Hamburger Soldatenräte sich von der Regierung wieder beruhigen zu lassen. Wolffs Bureau meldet:

In der Freitag-Sitzung der Soldatenräte wurde bekanntgegeben, daß der Vorsitzende des Korps-Soldatenrates Pool seinen Posten niedergelegt und daß der für die

Bremer Angelegenheiten eingesetzte Sonderausschuß des Korps-Delegierten-Rates sich aufgelöst habe.

Es sei Pflicht, zur Hebung der wirtschaftlichen Interessen Hamburgs beizutragen, die nicht immer genügend berücksichtigt worden seien.

Lampf brante unter lebhaftem Beifall, alle Trohungen würden ihn nicht abhalten, gegen spartanische Antriebe, die bis in den Dreißiger-Ausschuß und in den Korps-Delegierten-Rat sich bemerkbar machten, energisch vorzugehen.

Darauf wurden Anträge angenommen, wonach die sofortige Entlassung der Arbeiter vorzunehmen werden soll, daß der Soldatenrat nach wie vor auf dem Boden der Reichsregierung stehe, selbst wenn einzelne von ihr getroffene Maßnahmen aus Scharfe mißbilligt werden müßten. Da die Reichsregierung erklärt habe, daß die Division Gerstenberg Hamburg nicht anreisen solle, seien die von Groß-Hamburg getroffenen Mobilisationsmaßnahmen sofort zurückgängig zu machen. Die in Hamburg vorhandenen Truppen und Sicherheitsmannschaften seien die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Alle nach dem Fall verbliebenen Truppen seien sofort zurückzuführen. Die Sicherheitsmannschaften seien soweit zu verstärken, daß Ruhe und Ordnung mit Sicherheit aufrecht erhalten werden können. Ein weiterer Antrag forderte Lampf auf, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein Amt nicht niederzulegen. Die Delegiertenversammlung billigt den von Lampf in der Angelegenheit Bremen eingenommenen Standpunkt, daß die Hamburger Truppen nicht aktiv gegen Gerstenberg eingreifen dürfen. Ferner fordert die Versammlung, daß diejenigen, die an der Desorganisation mit schuldig sind, heute noch ihre Ämter und Mandate im Soldatenrat niederlegen. Im Anschluß hieran wurde die Neuwahl des Siebener-Ausschusses und des Dreißiger-Ausschusses vorgenommen.

Der Siebener-Ausschuß hat sofort alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um im Sinne der Reichsregierung in Groß-Hamburg geordnete Verhältnisse wiederherzustellen. Die Versammlung verurteilt scharfste das Verhalten des Korps-Soldatenrates des 9. Armeekorps und fordert bestn. Intervention. Sie verurteilt scharfste das vom Korps-Soldatenrat und vom Obersten Soldatenrat Groß-Hamburgs abgesandten provokierenden Telegramme an die Reichsregierung. Sie ist aber der Ansicht, daß diese Telegramme von der Mehrheit der Adressaten nur auf Grund der ihnen übermittelten falschen Berichte aus Bremen abgesandt wurden. Weiterhin wurde ein Antrag angenommen, zwei Delegierte sofort nach Weimar zu entsenden, um die Bremer Verhältnisse einmündig festzustellen.

Der Soldatenrat des 9. Armeekorps hat inzwischen folgende Depesche an die Regierung gefaßt:

Nachdem die sachlichen Differenzen wegen der Kommandogewalt in der Besprechung im Herrenhaus behoben sind, stellt sich der Soldatenrat des 9. A. u. S. geschlossen hinter die Reichsregierung. Im Bereich des 9. A. u. S. werden keinerlei militärische Maßnahmen gegen die Regierung getroffen. Wir sorgen für Ruhe und Ordnung und Durchführung der Verfügungen der Reichsregierung. Soldatenrat des 9. A. u. S.

Die Hamburger Soldatenräte werden bald einsehen, daß ihre Stellungnahme den neuen Militarismus stärkt. Man kann nur hoffen, daß die Einsicht kommt, bevor es zu spät ist.

Die Gewerkschaftsführer gegen die Arbeiterräte.

Auf einer Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände sprach Legien über die Gewerkschaften während der Revolutionszeit. Ueber das Räteystem sagte er:

Das Räteystem sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation. Ferner zerplietere es die Einheit des Berufsweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsansparungen, den Lohn von der Rentabilität des einzelnen Betriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Verhältnisse hören hier auf. Jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Räteystem liege nicht vor und Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter seien dabei kaum denkbar. Im Eisenudgewerbe, das zu zwei Dritteln auf den Export angewiesen ist, haben die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohnstreikereien geradezu eine tolle Vermirrung angerichtet.

Daß die Gewerkschaftsführer keine Freunde der Arbeiterräte sind, war schon aus ihrer bisherigen Haltung ersichtlich. Legien aber hat dieser Abneigung den allerhöchsten Ausdruck gegeben und sich nach dem vorstehenden Bericht auch gegen die Uebernahme wirtschaftlicher Aufgaben durch die Arbeiterräte erklärt. Die alte Gewerkschaftsbürokratie will ihre Daseinsberechtigung behalten!

Landwirtschaft und Kommunalsozialismus.

Von Prof. Dr. C. Vahlhoff.

Die Sozialisierungsmöglichkeiten im Reich und in fast allen Bundesstaaten sind stark gefährdet. Soweit sie es nicht durch den Ausfall der Wahlen waren, werden sie es sein durch das bevorstehende Bündnis zwischen Rechtssozialdemokraten, Zentrum und Freisinn bzw. Demokraten. Es heißt jetzt: man dürfe nicht sozialisieren, „denn“ Deutschland sei ja verarmt! Erst müsse man leben, dann erst dürfe sozialisiert werden. Das heißt, erst müsse Deutschland durch den altgewohnten Individualismus wieder hochgebracht, seine Industrie in den früheren Stand verfest werden. Mit welcher Entrüstung wird man, wenn dies Hochbringen gelingen sollte, in einigen Jahren keinen der Arbeiterpartei erklären, wie dürfe man dem lieben Individualismus noch tun, nachdem bewiesen sei, daß durch ihn Deutschland wieder hochgelassen sei.

Man beruhige sich: der Individualismus wird Deutschland nicht mehr hochbringen, insbesondere wenn er sich mit der Fortwärtigungspolitik des Herrn Schäffer in Finanzfragen verbindet. Diese führt uns nur immer tiefer in den Sumpf und rückt den Staatsbankrott näher. Um Deutschland zu heben, müssen die aufrichtigen Sozialisten in Deutschland für den Sozialismus retten, was zu retten ist. Und es ist noch viel zu retten: alle Großstädte und selbst die meisten Mittelstädte haben sozialistische Wählermehrheiten. An den Wählern liegt es, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen für ihre Bezirke die sozialistische Wirtschaftspolitik zu ergreifen. Was könnte eine solche für Groß-Berlin leisten?

Es ist hier einzuschalten, daß nicht ganz Groß-Berlin sozialistische Mehrheiten hat, die westlichen Vororte: Wilmerdorf, Eßmarandorf, Schöneberg, Steglitz-Friedenau haben bürgerliche Mehrheiten. Für Charlottenburg scheint dies nicht sicher zu sein. Immerhin wird ein Bevölkerungskomplex von 2 1/2 Millionen sozialistische Mehrheiten aufweisen. Wird also dann von den „sozialisierten“ Magistraten eine großzügige Sozialisierungspolitik getrieben, so wird sich alsbald zeigen, welche Städtegemeinden besser fahren werden. Es kommt freilich noch darauf an, daß die Koalitionsregierung nicht durch Staatsgesetze oder Reichsgesetze die Sozialisierungsmöglichkeiten im voraus transaktiert. Diese Gefahr liegt z. B. beim Paragraphen 28 des Reichsriedlungsgesetzes vor.

Berlin möchte in allerster Linie seine Landwirtschaft in großzügiger Weise ausbauen, schon um nicht zur stillen Provinzstadt herabsinken, wenn die Reichsregierung dauernd nach Weimar verlegt wird, was bei der heutigen Tendenzen derselben nicht unwahrscheinlich ist. Für den bisherigen Kommunalfreisinn war die Landwirtschaft ein unbequemes Anhängsel: die städtischen Güter hatten nur den ausgeprochenen Zweck, die städtischen Kanäle aufzunehmen, nicht Erträge zu bringen. Die 8516 Hektar an für die Rieselung „aptierlem“ Land wurden 1913 mit 119,3 Millionen Kubikmeter Rieselwasser übersättigt, was eine Wasserschicht von 133 Zentimeter auf der Gesamtfläche ergibt. Die mittlere Regenhöhe übersteigt in Berlin kaum 55-56 Zentimeter, davon fallen aber innerhalb der sommerlichen Vegetationsperiode nur 28-30 Zentimeter. Das heißt also: zu dem natürlichen Regenfall kam auf den Rieselwässern das 2 1/2- oder selbst Fünffache an künstlichem hinzu. An Pflanzenenährestoffen und das ist besonders wichtig, wurden den Rieselwässern durch die städtischen Abortwässer nahezu das 8-10fache von dem geboten, was die Pflanzen bei Städtewässern aufnehmen imstande sind. Die Folgen zeigten sich darin, daß die Pflanzen kränkelten und durchaus keine Maximalernten, sondern mäßige Durchschnittsernten bringen. Das Gras aus den überdüngten Rieselwiesen langt nicht auf zu Futter, sondern wird besser als Dünger, bzw. Einstreu verwendet. Möglicherweise sind denn auch die rechnerischen Ergebnisse der Berliner Landwirtschaft. Der Reinertrag hat 1910/13 im Durchschnitt 350 000 Mark betragen, genau 1/2 Prozent vom

Dem investierten Kapital von 70,6 Millionen Mark. Es ist zu bedenken, daß die sog. „Aptierung“, d. h. die Einrichtung von Rohrleitungen zur Verteilung, teuer ist, sie kostet 2067 Mark auf einem Hektar. Dazu kommen noch die Unkosten für die Entwässerung-Drainierung mit 586 Mark, die Kosten für die Neubauten mit 621 Mark, der Landkauf mit 2318 Mark.

Was müßte geschehen, um die Berliner Landwirtschaft rentabel zu machen, um der städtischen Bevölkerung einen ins Gewicht fallenden Nahrungsmittelzuschuß zu gewähren? Dazu müßte die Ausdehnung der „aptierten“ Rieselfelder mindestens verdreifacht werden! Durch die Verdübelungsergebnisse der Bromberger Versuchsanstalt hat sich ergeben, daß eine zureichende Regenmenge von 10—15 Zentimeter für die meisten Kulturpflanzen in Deutschland selbst in regenreichen Jahren durchaus nutzbringend, rentabel ist. Nichtet man nun die Rieselfelder nur für ein Zehntel der bisherigen Bewässerungshöhe ein, so werden die „Aptierungs-kosten“ unvergleichlich niedriger ausfallen, desgl. die Drainagekosten. Die Herstellung für die gewöhnliche künstliche Beregnung kostet nicht über 200—300 Mark auf 1 Hektar, die gewöhnliche Drainage auch nicht mehr. Mit einem Zehntel des Rieselfelders wird man gesunde Ackerfrüchte und Höchsternten erzielen! Kaltdünger wird man allerdings geben müssen, da die städtischen Abwässer wenig Kali enthalten. Um die volle städtische Selbstversorgung mit allen Nahrungsmitteln und Futtermitteln (Fleisch, Wolle) zu erreichen, sind allerdings auch bei hohen Ernten (Ernten in der doppelten Höhe der bisherigen deutschen statistischen Durchschnittsernten) je ein Morgen (gleich 1/4 ha) Land auf je einen Kopf der Bevölkerung erforderlich.) Für Berlin bräuhete man danach rund 1/2 Million Hektar, für Groß-Berlin 900 000 bis 1 Million Hektar. Das heißt also: einschließlich von 40 Prozent nichtlandwirtschaftlichen Bodens bräuhete man für Groß-Berlin etwa ein Quadrat von 120 Kilometer Seitenlänge, um die volle reichliche Selbstversorgung zu ermöglichen. Die Ränder eines solchen Quadrates würden reichen im Süden bis nahe an Wittenberg, im Norden bis Schwedt und Neuruppin, im Osten bis zum Oderbruch, im Westen bis Brandenburg an der Havel. Wir wollen uns aber zunächst bescheiden mit der Frage, eine wie große Landfläche etwa erforderlich ist, um der Bevölkerung ungefähr die heutige „Kriegsration“ an Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Die Antwort ist, daß der Bodenbedarf dazu überraschend klein ist, kaum über 120 000 Hektar Felder und 30 000 Hektar Wiesen, d. h. nur 30 Prozent der für eine reichliche Ernährung in Aussicht genommenen Fläche. 120 000 Hektar Acker bedeuten allerdings fast das vierzehnfache der heutigen „aptierten“ Berliner Rieselfelder. Die Rieselfelder würden aber gerade noch ausreichen, um die für Höchsternten nötige Wassermenge und die nötigen Düngstoffe zu verabreichen, Zuschüsse sind erforderlich an Kaltdünger. Was können 120 000 Hektar an Ackerfrüchten liefern? Wir nehmen an, daß von dieser Fläche genau 1/4 gleich 30 000 Hektar mit Klee bestanden sein wird, um eine städtische Viehwirtschaft großen Stils zu ermöglichen und nur 90 000 Hektar für Kulturpflanzen verbleiben, die der Mensch unmittelbar verbraucht. Von diesen 90 000 Hektar seien genau die Hälfte gleich 45 000 Hektar mit Winter- und Sommerweizen bestanden, davon sei 30 000 Hektar Winter- und 15 000 Hektar Sommerweizen. Man kann bei hohen Düngegaben und künstlicher Bewässerung 3600 Kilogramm als Netto-Weizenenergie auf 1 Hektar annehmen, zusammen also 45 000 · 3,6 gleich 162 000 Tonnen oder 162 Millionen Kilogramm. Das ergibt bei der heute vorangehenden Ausmahlung von 94 Prozent etwa 152 Millionen Kilogramm Mehl, woraus sich rund 203 Millionen Kilogramm Brot bereiten lassen, also etwa 100 Kilo auf den Kopf der 2-Millionen-Bevölkerung Berlins bzw. 223 Gramm auf den Kopf und Woche. 15 000 Hektar Mögen dem Kartoffelfeld eingedrängt sein und darauf 25 000 Kilo auf ein Hektar netto geerntet werden, was keineswegs zu hoch ist. Das ergibt 15 000 · 25 gleich 375 000 Tonnen gleich 375 Millionen Kilogramm oder 185 Kilo auf den Kopf, also genau die Ration

*) Der Nachweis darüber in meinem Zukunftsstaat, Abfch. Landwirtschaft und in meiner Broschüre: Die Ackerstadt und die städtische Selbstversorgung.

von 1 Pfund pro Kopf und Tag. 15 000 Hektar Mögen mit Gerste und Hafer bestellt sein, die Ernten mögen ebenfalls 3600 Kilogramm auf 1 Hektar betragen oder 54 000 Tonnen im ganzen. Daraus lassen sich mit Leichtigkeit je 26 000 Tonnen Gerstengröße und ebensoviel Hafermehl gewinnen; es kämen also 10,5 Kilogramm auf den Kopf im Jahre oder je 200 Gramm Gerstengröße und 200 Gramm Hafermehl auf den Kopf. Der Rest von 15 000 Hektar mag zur Hälfte mit Zuckerrüben, zur Hälfte mit Rohn, zwecks Delginnung bestellt sein. Trägt der Rohn 2000 Kilogramm Samen auf ein Hektar, lassen sich daraus 720 Kilogramm Del gewinnen, insgesamt 5,4 Mill. Kilogramm, was auf 2,7 Kilogramm auf den Kopf im Jahr bzw. 52 Gramm an feinstem Speiseöl in der Woche führen würde. 7500 Hektar Zuckerrüben würden je etwa 40 000 Kilogramm Rüben liefern, die 6000 Kilogramm Zucker ergeben würden. Man hätte also 7500 · 6 gleich 45 000 Tonnen oder 45 Mill. Kilogramm Zucker, also eine Anreicherung von 22 1/2 Kilogramm auf den Kopf im Jahr. Binzu kommt, daß auf den 30 000 Hektar Kleeblößen und 30 000 Hektar Wiese mindestens 100 000 Kühe gehalten werden könnten, die ein Milchquantum von je 2500 Liter liefern würden. Davon könnten wie vor dem Kriege 120 Liter auf den Kopf im Jahre in Gestalt von frischer Milch gegeben werden (anstatt 30 Liter im Kriege), der Rest auf 4 Mill. Kilogramm Butter verarbeitet, um daraus eine Butterration von 36 Gramm auf den Kopf und Woche zu liefern. Die alten Kühe und Kälber sowie die aus Abfällen zu ernährenden Schweine würden noch eine Fleischration von 200—250 Gramm auf den Kopf und Woche ermöglichen.

Gewiß, der Ankauf von 150 000 Hektar Land würde einschließlich der Aptierung und aller Nebenkosten vielleicht 750 Mill. M. ausmachen. Das scheint ungeheuer viel und ist doch nicht mehr als Berlin im Kriege an Kriegshilfe hat ausgeben müssen! Die aufzuwendenden 750 Mill. würden eine äußerst produktive Ausgabe vorstellen, da sie die Versorgung von Lebensmitteln im Werte von über 300 Mill. M.; zu Friedenspreisen gerechnet, gestatten würden.

Zwangweise Einberufung.

Da Roske mit seinen weißen Gardien, die in der Hauptstadt für den Ostschuß angeworben wurden, keinen Sunnenzug gegen Bremen ausführt und den anderen Teil bereit hält, um genebenfalls in anderen Städten Arbeiterblut fließen zu lassen, braucht man im Osten neue Truppen. Sie werden nicht geworben, sie werden befohlen. Hier ist ein solcher Befehl:

Gestellungsbefehl.

Sämtliche im Kreise Gutzau befindlichen deutschen Wehrpflichtigen (Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften) der Jahrgänge 1888 bis 1898 haben sich zwecks Verwendung im Grenzschutz unverzüglich im Geschäftszimmer des Inf.-Regts. 47 in Gutzau zu melden. Wohnung nach Dienstgrad, und 6 M. tägliche Zulage, wie alle Grenzschutzformationen mobile Verpflegung. Entlassene haben in ihrem Entlassungsdokumente, mit Mantel und einer Schladede zu erscheinen. Für die mitgebrachten Sachen wird die vorgeschriebene Entschädigung vergütet. Militärpapiere sind mitzubringen, desgleichen Verpflegung für einen Tag.

Nichtbefolgung dieses Gestellungsbefehles zieht schwere Bestrafung nach den Kriegsgesetzen nach sich. Glogau, den 8. Februar 1919.

Das Generalkommando V. A.-A.
gez. Michura, General der Infanterie.
Der Zentral-Soldatentat V. A.-A.
gez. Ehrhardt, Schnettler.

Als wir vor einigen Tagen die Meldung brachten, es länden zwangweise Einberufungen statt, stritt das die Regierung sofort in einem offiziellen Dementi ab. Die vorstehender Gestellungsbefehl zeigt, hat die Regierung damit nur bewiesen, daß sie von den alten Gewaltgebern auch das Lügen gelernt hat. Hier handelt es sich nicht mehr um vereinzelte Einberufungen, hier handelt es sich um eine glatte Mobilmachung. Dreizehn Anordnungen werden zu den Waffen gerufen, man will wieder Arien, Nord und Lotischon. Daß

aber mit solchen Mitteln das polnische Problem nicht gelöst werden kann, daß dadurch vielmehr nur neue Konflikte mit der Entente heraufbeschworen werden können, scheint der Regierung nicht klar geworden zu sein. Ganz abgesehen davon, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes keine Lust zeigen dürfte, erneut als Kanonenfutter verwendet zu werden.

Gegen die Anwerbung für den Ostschuß.

München, 8. Februar. Der bayerische Landesstatthalter hat gestern auf die Nachricht hin, daß bayerische Trup-pentente in Augsburg für den Ostschuß zusammengestellt seien und zum Abmarsch bereit ständen, diesen Transport durch telegraphischen Befehl sofort rückgängig zu machen.

Die Bluturteile des Admirals v. Schröder.

Der Volksmarinerrat hat gegen den Admiral v. Schröder einen Verhaftungsantrag gestellt, weil er die Erdrückung zweier Matrosen angeordnet hatte, ohne daß die rechtlichen Unterlagen dafür einwandfrei erbracht worden waren. Dieser Schröder hat auch die Verurteilung und Erschießung des Kapitän Fracht (in der Paralog-Angelegenheit) angeordnet. Wir erfahren darüber von einem Offizier, der dezimal beim Stabs Schröder in Brügge war, das folgende:

Admiral Schröder gab an das Kriegsgericht, das den Kapitän Fracht aburteilen sollte, die Weisung aus: „Ich wünsche, daß der Mann erschossen wird.“ — „Ich wünsche, daß der Mann bis — nicht mehr lebt.“

Damit sein Wunsch auf jeden Fall erfüllt würde, tat er noch ein Uebriges: Er befahl das betreffende Kriegsgericht mit 11-Bootskommandanten, die auf den Kapitän Fracht naturgemäß eine derartig blöde But und einen grimmigen Haß hatten, daß das Urteil schon vor Beginn der Gerichtssitzung als sicher feststand.

Kapitän Fracht wurde dem Wunsch des Admirals Schröder entsprechend (beim der Wunsch des Vorgesetzten ist für den Untergebenen Befehl) prompt zum Tode verurteilt und ebenso prompt erschossen.

Das nennt man preußische Militärjustiz im 20. Jahrhundert! Es war wohl vor 4—500 Jahren, als unter Philipp II. und seinem Henker Alba in eben jener Gegend ebenso gehaßt wurde.

Ich verteidige keineswegs den Kapitän Fracht, mag er die Todesstrafe verdient haben, aber die Art und Weise seiner Verurteilung auf Bestellung, die Herabwürdigung des Militärgerichts zu einer Henkerbande ist so empörend, daß meines Erachtens mit aller Schärfe eingeschritten werden muß. Das ist keine Gerichtsbarkeit mehr, das ist eine Farce, und im vorliegenden Fall ist es Mord.

Ein bekannter und angesehener Anwalt an den hiesigen Militärgerichten erzählte mir einen Fall, wo ein von dem Gerichtsherrn bereits eingestelltes Verfahren gegen einen Untergebenen — die Einstellung des Verfahrens war schon altentkundig gemacht — wieder aufgenommen wurde, weil der betreffende Vorgesetzte die Verhaftung des Untergebenen wünschte!

Der Anwalt äußerte in schärfster Weise seine Entrüstung über diese ungeheuerliche Rechtsbeugung. Weitere Beispiele für Beeinflussung der Militärgerichte durch die militärischen Vorgesetzten, Beispiele dafür, daß die Militärgerichte „auf Befehl“ arbeiten, kann ich anführen.

Wenn der Admiral Schröder jetzt vor ein Kriegsgericht gestellt wird, dann kommt nichts heraus. Seine Gesinnungsgenossen tun ihm sicher nicht, das kann ich Ihnen bestimmt voraussagen, die ganze Sache wäre eine Farce. Es wird zunächst viel Aufhebens gemacht, um letzten Endes dem dummen Publikum zu beweisen, wie richtig seitens des Herrn Admiral gehandelt ist. Es wird ebenso wenig dabei herauskommen, wie bei der kriegsgerichtlichen Unterforschung in der Liebknecht-Sache herauskommt.

Es müßte für die Ehre dieser und ähnlicher Verbrechen während des Krieges eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt werden, welche möglichst wenig aus Militär besteht. Sonst verläuft alles im Sande, wird niedergeschlagen, verurteilt nach berühmtem Muster, zumal der sozialdemokratische Vertreter im Kriegsministerium, Herr Göhre, vom Tuten und Blasen keine Ahnung hat, und sich nachweisbar auf der Nase herumtanzend läßt.

Aber schnelles Handeln ist am Platze, sonst wird wieder alles vertuscht. Die Regierung hüft ja nicht, solche Verbrechen zu be-

Der Berliner Arbeitsmarkt während der 48er Revolution.

In diesem Revolutionswinter zeigt der Arbeitsmarkt das ungünstigste Bild. Eine Revolution ohne wirtschaftliche und soziale Krümmen (an deren Stelle neue, vollkommene Einrichtungen treten) ist nicht denkbar. Diese selbstverständliche Tatsache wird durch einen ständigen Rückgang in die Revolutionsgeschichte bestätigt.

Als das Berliner Proletariat in den Märztagen 1848 einträchtig mit der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum das feudale Gottesgnadentum bekämpfte und besiegte, da traten die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen für diesen Moment in den Hintergrund; diese kurze Interessengemeinschaft lag in den damaligen Verhältnissen begründet, aber sie dauerte nicht lange. Unmittelbar nach dem siegreichen 18. März trat die soziale Klassenfeindschaft in Erscheinung, trotz aller kampfhaften Bemühungen der Bourgeoisie und ihrer Presse, voran die „Vossische Zeitung“, die proletarischen Regungen in einem allgemeinen Harmoniebusel zu erlösen. Der gereizten Stimmung gibt ein Artikel der demokratischen „Zeitungshelle“ Ausdruck, worin deren Redakteur, G. Julius dem feinen Bürgertum allerhand unangenehme Wahrheiten unter die Nase reibt: „Die Bourgeoisie ist, daß auch bei uns, so gut wie in Frankreich, wie in England, der Bruch zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterklasse schon vollendet ist. Nicht zwischen dem Königtum und der Republik ist Krieg, sondern zwischen den Besitzenden und den mit ihrer Arbeitskraft zum Besitze Dringenden. Unsere Bürger fühlen dies gar wohl, und darum beginnen sie schon jetzt, nach dem ersten Tage unserer glorreichen Revolution, rückwärts zu gehen.“ Der Artikel fordert weiter ein „Ministerium für die Unternehmung und Regelung der Arbeitsverhältnisse“ und schließt: „Nur möge sich die Bürgerklasse nicht täuschen, daß der Arbeiter sich werde einschließen lassen — das leidet der Hunger nicht! Mutig ans Werk! Und keine Ruhe! Keine Ruhe! Nicht eher Ruhe, als bis wir etwas Tüchtiges erarbeitet haben werden!“

Die But der Bourgeoisie konnte ab dieser sachlichen Feststellung keine Grenzen, aber die nackte Tatsache des Hungers und Elends konnte damit keinwegs aus der Welt geschafft werden. Am 26. März 1848 versammelten sich auf dem Egerplatz an der Schönhauser Allee etwa 20 000 Arbeiter, darunter

viele Arbeitslose, und erhoben ihre Forderungen. Die Hauptlagen richteten sich natürlich gegen den geringen Lohn und die lange Arbeitszeit. Ein Bourgeois sagte: „14 Stunden Arbeit sind zu viel, mit 10 M. und Geläufen werden daraus 18. Ein Familienvater kann kaum das Bellen seiner Kinder hören!“ Ein Proletarier erhebt folgende Forderungen: „Hören Sie, was der Arbeiter täglich braucht! Für 8 Pfennig Kaffee, für 3 Pfennig Brot zum ersten Frühstück, das ist nicht viel. Zum zweiten nehme ich für 6 Pfennig Brot, 6 Pfennige Butter und einen Sechser zu Getränken, sei es nun Bier oder Schnaps, denn ganz trocken kann man das Brot doch nicht essen, das werden Sie zugeben. Das Mittagessen ist jetzt, wo alles so teuer ist, unter 2 1/2 Silbergrößen nicht herzustellen. Für den Nachmittag schlage ich so viel an wie für das Frühstück, und für das Abendbrot so viel wie für das zweite Frühstück; das macht zusammen 6 1/2 Silbergrößen täglich. Nun ist es aber noch nicht aus. Wir können doch nicht nackend gehen. Melber, Stiefel, Schnupftuch, ein Hemd ist notwendig. Ein Paar Strümpfe können namentlich bei schlechter Bitterung nicht schädlich sein. Nun kommt die Wäscherin, das Ausbessern der Kleider und der Wäsche, vier harte Wintermonate; wodon sollen die gutgemacht werden? Und wäre der Unberbeitetete imstande, sich durchzuschlagen, wo bleibt der Familienvater? Der kann es nicht bestreiten, den muß der Mangel zu unrezellen Handlungen führen.“ Der geforderte Arbeitslohn bewegt sich zwischen 15 und 25 Silbergrößen. Der Sprecher der arbeitslosen Nattonbrüder schließt seine Anklagen und Forderungen mit den düstern Worten: „Brot oder Sterben.“

Am der wachsenden Arbeitslosigkeit zu steuern, schritten Kommune und Staat zu Notstandsarbeiten, die mit 12 1/2 bis 15 Silbergrößen entlohnt wurden. In der Hauptstadt gelangten wertlose Erdatarbeiten zur Ausführung, die abbrechen sollten, wobei dann auf die Qualitätsarbeiter, die solchen Strapazen nicht gewachsen waren, keine Rücksicht genommen wurde. Zurückgelassen sind die Planierungsarbeiten in den Nebbergen, deren Notwendigkeit sich durch nichts begründen ließ. Der alte Pflanzstaat im Verein mit der Bourgeoisie glaupte eine Handhabe gefunden zu haben, das emwachsende Massenbewußtsein im Keime zu erlösen. Wenn nun auch solche slavische Ironie in Berlin ebenso wie in Wien und Paris ihren beabsichtigten Zweck nicht erfüllte, so ist sie uns doch ein Musterbeispiel, wie Notstandsarbeiten ausgeführt und nicht ausgeführt werden sollen.

Bolschewismus und Seelenkunde.

Die Weihnachtsnummer der österreichischen Wochenschrift „Der Friede“ enthält einen Artikel „Bolschewismus und Seelenkunde“ von Dr. Alfred Adler, der sich mit der viel umstrittenen Frage des Bolschewismus vom Standpunkt der Individualpsychologie, einer modernen wissenschaftlichen Schule auseinandersetzt und zu seiner Verneinung kommt. Es muß ihn verneinen, weil auch seine Methoden die alten oft geschichteten Mittel darstellen, die Mittel der Gewalt. Die ganze Menschheitsgeschichte mit all ihrem grauenvollen Jammer war bisher nichts anderes als eine fortlaufende Kette geschickter Streben nach Macht. Alle sozialen Gegebenheiten der Vergangenheit, die Taten Moses, die Lehren Christi fielen immer wieder in die Hände machtgeieriger Schichten und Gruppen, die das Heiligste, was menschlicher Geist eronnen hat, zum Zweck ihrer Herrschaftsucht mißbrauchten. Schon in der Kinderstube brechen die Wellen des Machttriebs in die Gesellschaft ein. In die Elternliebe schließen sich die Wüste der Herrschaftsucht ein und suchen im Namen der Autorität und der Kindespflicht den Schein der Ueberlegenheit festzubalten. Nicht anders beim Lehrer. Auch die Liebe ist voll von diesen Tüden; das Machtbegehren des Mannes verlangt mit Bezug auf das „natürliche Bestimmung“ die Unterwerfung der Frau; als Ergebnis zeigt sich die Bestörung aller unbesangenen Beziehungen und Bahmlegung wertvoller Kräfte. Selbst in den Spielen der Kinder erkennen wir oft ganz ausgefallene Systeme von Verbindungen der Herrschaftsucht. Doch alle diese Flüge von Macht sind uns nicht angeboren, wie es oft dargestellt wird, und sind nicht unabänderlich. Sie werden dem Kind vielmehr fröglig eingepflanz; es empfängt sie willenlos von seiner Umgebung, die vom Machttitel getränkt ist. Eins aber kann uns retten: Das Weibstrauen gegen jede Vormacht. Unsere Stärke ruht in der Ueberzeugung, in unserer organisierten Kraft, nicht in der Gewalt der Waffen oder in Ausnahmegerichten.

Mit diesen Mitteln aber arbeiten die Bolschewisten, ihre Herrschaft ist wie die aller bisherigen Regierungen auf Macht gegründet, und damit ist ihr Schicksal gesprochen. Denn nun kommt automatisch in den Seelen der Menschen hner juchbare Mechanismus in Bewegung, wo jeder Druck einen Gegenstand herbeiruft, wo gegen die Gewalt wiederum die Gewalt angewendet wird. So gibt es für den Bolschewismus kein Ausmaß mehr, hier gibt es keinen

seitigen, im Gegenteil nach meiner Ansicht ist jetzt die beste Gelegenheit geboten, die militärische Justizkommission an den Pranger zu stellen.

Bolschewisten-Gehe.

Die B. S. und Wolff verbreiten eine aufregend frisierte Nachricht aus Rußland:

In Rußland erließ der Rat der Regierung einen Aufruf im Hinblick auf Liebknechts Tod, die Antreibung zum Einmarsch in Deutschland und zur Vereinigung mit Spartakus zu verdoppeln. Die Zeitungen sind mit Tauerzand versehen.

Und der „Vorwärts“ bezieht sich im Anschluß daran gegen die „nach deutschen Provinzen lästernen“ Bolschewiki und gegen Spartakus zu hehen.

Die „rote Fahne“ sagt dazu: „dass die Bolschewiki-Regierung nicht stark genug ist, um sich gewollt und bewußt in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln, und zu stark, um eine Abenteuerpolitik nach außen zu betreiben.“

Das ist sehr richtig. Und die von Wolff, „Vorwärts“ und der übrigen Kapitalisten-Presse verbreiteten Alarmnachrichten aus Rußland bedeuten nichts anderes, als daß die Oberste Exekutivkommission wieder am Werke ist und ihre Bolschewiki-Gehe wieder aufgenommen hat.

Zu welchem Zweck? Um, gebekt durch die Bolschewiki-Angst der Bourgeoisie, ungeführt weiterzürücken zu können, bis die Militarisierung der deutschen Republik eines Tages vollendete Tatsache ist. Zu deutsch: um gegen Rußland zu rücken und gegen deutsche Arbeiter zu kämpfen. (Siehe Bremen!)

Die Offiziere als Werber.

Der Zentralrat teilt in dem Bericht über seine Sitzung vom 6. Februar mit:

Ueber die Art der Werbung der Freiwilligen wird vielfach geklagt, ebenso über die Unordnung in der Aufstellung der einzelnen Truppenteile für den Grenzschutz. Werbung und Organisierung der Truppen erfolgen häufig durch einzelne Offiziere auf eigene Faust, ohne Berücksichtigung geistlicher Gesichtspunkte. Ueber diese letzteren Angelegenheiten beabsichtigt der Zentralrat mit den zuständigen Stellen in Besprechungen einzutreten.

Daß Offiziere auf eigene Faust die Werbung von Soldaten vornehmen können, zeigt, wie wenig Einfluß die Regierung auf die Bildung der Freiwilligenkorps hat, und daß sie, als sie sie überhaupt gestattet, damit die organisierte Gegenrevolution einleitet.

Amerika und die Lebensmittelnot in Deutschland.

Kopenhagen, 6. Februar. Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Ragnar Svensson, dem die Verteilung der amerikanischen Lebensmittel für die nordischen und baltischen Länder übertragen wurde, erklärte bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln den folgenden Journalisten, Amerika könne Deutschland ohne Zustimmung der Exekutive keine Lebensmittel liefern. In Amerika habe man die Auffassung, daß die Lebensmittelnot in Deutschland zum Teil auf ungenügende Organisation der Verteilung der Lebensmittel zurückzuführen sei. Das Land sei nicht von Vorräten entblößt, die Reichen könnten sich genügend Lebensmittel verschaffen, nur die ärmeren Bevölkerungsklassen müßten hungern. Diese Zustände müßten geändert werden. Daß Deutschland schließlich Lebensmittelzufuhren erhalten werde, sah Svensson für sicher an, da Amerika einsehe, daß Deutschland sonst vollständig dem Bolschewismus überliefert werde.

Abflauen des Streiks in England?

Amsterdam, 7. Februar. „Allgemein Handelsblad“ meldet aus London, daß der Streik auf den Untergrundbahnen beendet sei.

London, 7. Februar. (Reuter.) Der Sekretär der Gewerkschaft der Lokomotivführer erklärt, daß um Witternacht der Befehl zur Beendigung des Streiks ausgegeben werden würde. Die Richtregeln zu einem allgemeinen Eisenbahnstreik sind wieder rückgängig gemacht worden.

Ein kleiner Teil der Metallarbeiter im Clyde hat die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Werften liegen

Abbau, nur weitere Steigerungen, wie immer, wenn die Macht das entscheidende Wort spricht. Wenn es aber dennoch ein Mittel gäbe, sie zurückzurufen, kann dann es nur die Erinnerung sein, an die Wunder des Gemeinschaftsgefühls, das ewig in uns wirkt und das nie durch Anwendung von Gewalt gelingt. Im Sozialismus lebt der Gemeininn als Forderung des ungehinderten menschlichen Zusammenlebens. Alle genialen Utopisten und Reformatoren stellen immer die gegenläufige Forderung über den Kampf um Macht. Der Kampf des Proletariats gegen Klassenherrschaft ist nichts anderes als der Kampf gegen alle Klassengegensätze, gegen jedes Streben nach Macht. Denn wer die Gemeinschaft will, muß dem Streben nach Macht entsagen. Der Bolschewismus will aber nach der alten Methode seine Ziele durchsetzen und bedient sich, daß Gewalt auch dort Widerwillen erweckt, wo er im Interesse des Niedergegangenen angewandt wurde. Er will eine widerstrebende Menschenseite in eine kunstvolle sozialistische Staatsform hineintreiben, will sozialistischen Dreck betreiben. Jede Erziehung und jede Erziehung muß aber für ihre Betreibungen erst die Aufnahmefähigkeit erzielen, die unter Anwendung von Gewalt oder Druck verloren geht. Dauernd hastet nur in der menschlichen Seele, was sie als Subjekt empfangen hat, mit ihrem Willen aufgenommen hat. Nicht die harte Form des Sozialismus ist erstrebenswert; wir wollen seinen Geist, das neue Wort, das uns der Sozialismus bringen soll: Ausbildung der Gemeinschaftsgefühle.

Von diesem Standpunkt ist die bolschewistische Richtung ein tragischer Irrtum. Hier triumphiert wiederum das Streben nach Gottähnlichkeit, wieder unternimmt menschlicher Ehrgeiz den Versuch, seine persönliche Beschränktheit dem Objekt Menschheit aufzuzwingen. Die individual-psychologische Schule fordert den völligen Abbruch der Eie und Macht beim einzelnen wie bei den Völkern und proklamiert dagegen den Erfolg der latenten Götterkraft durch gegenseitiges Wohlwollen und Förderung eines gewaltigen Gemeinschaftsgefühls.

Kunstkalender.

Zum 50. Geburtstag von Franz Stassen bereitet die Kunstgalerie der Stadt Wilmersdorf eine Kollektivausstellung der letzten Schöpfungen des Meisters — Gemälde, Graphik, Buchdruck — in ihrer Ausstellungsräumen. Pariser Str. 43, am Ludwigplatz, not. Die Eröffnung wird voraussichtlich am Sonntag, den 7. Februar, stattfinden.

still und die Kundstündigen erklären, daß sie die Arbeit erst dann wieder aufnehmen wollen, wenn die 40-Stunden-Woche eingeführt ist.

Der Streik unter den Londoner Elektrizitätsarbeitern ist nicht allgemein. Die öffentlichen Dienste wurden bisher nicht gestört.

Die Internationale Konferenz.

Bern, 7. Februar. (Privattelegramm der Freiheit.) In der fortgesetzten Aussprache über Territorialfragen ergriffen heute Tschelstra, Engberg, Schweden das Wort und stimmten der Resolution zu. Vorberg, Dänemark rief die nordische Frage auf. Die deutschen und dänischen Delegierten erklärten in einer Resolution, daß die neue Grenze nicht nach dem Recht der Gewalt, sondern nach Selbstbestimmung zu lösen ist. Die Abstimmung soll vorgenommen werden 1. für geschlossenes Sprachgebiet Nordisch-Nordwest, 2. für die selbst davon gelegenen dänisch sprechenden 8 bis 10 Gemeinden und 3. für die Stadt Helsingör, wenn ein Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung Abstimmung verlangt.

Kautsky fand die Forderung der Mehrheitler auf die Selbstbestimmung in Elsass ungeschickt. Das Plebiszit soll trotzdem durchgeführt werden, damit durch den Willen des Volkes der alte Streitpunkt begraben wird. Er verlangt ferner Selbstbestimmungsberechtigung für Deutschböhmen. Moltenbührer lehnt die Resolution der Mehrheitler zurück. Mikral, Frankreich, erklärt, daß die französische Delegation für das Plebiszit eintrifft. Die Debatte wurde am Nachmittag friedlich fortgesetzt. Die Resolution hat Aussicht auf einstimmige Annahme.

Bern, 7. Februar. (Vormittagsführung, Fortsetzung.) Borgberg (Dänemark) gibt zur deutsch-dänischen Frage eine Erklärung ab.

Kautsky (Deutschland) hält die Sonderresolution der deutschen Mehrheitler zur elsass-lothringischen Frage infolge der allgemeinen Resolution der Konferenz in territorialen Fragen für überflüssig, da diese schon die Volksbestimmung in den strittigen Gebieten inbegriffe. Die Volksbestimmung müsse erfolgen, nicht als Konzeption für die deutschen Redner, sondern gegen den schädlichen Antrag, in den jetzt beanspruchten Gebieten des tschechoslowakischen Staates keine Volksbestimmung zu veranstalten.

Moltenbührer (Deutschland) teilt mit, daß die deutsche Sonderresolution zur elsass-lothringischen Frage vor der Kenntnis der allgemeinen Resolution eingebracht worden sei. Nachdem die allgemeine Resolution aufgestellt sei, zögen die deutschen Mehrheitler ihre Resolution zurück. Redner teilte mit, daß man von der durch Grumbach vorgebrachten Agitationstheorie über Elsass nach Straßburg erst durch Grumbach selbst Kenntnis erhalten habe. Im Auftrage der Partei habe Südekum jedenfalls nicht gehandelt. Redner erklärt, sich dagegen wenden zu müssen, wenn von Grumbach die von den deutschen Militärbehörden geplante Ausweisung der elsassischen Bevölkerung als Grausamkeit, dagegen die Ausweisung von Tausenden von deutschen Familien durch französische Behörden als Humanität bezeichnet würde. Im Namen seiner Parteigenossen erklärte er, daß die deutschen Mehrheitler die Resolution über die territorialen Fragen ohne Einschränkung annähmen. Die Resolution bräche mit erheblichen Teilen des Völkerrechts und namentlich mit dem Rechte des Eroberers.

Bern, 7. Februar. Am Schluß der heutigen Vormittagsführung gab Mikral im Namen der französischen Delegation die Erklärung ab, daß sie die Resolution über die territorialen Fragen auch im Sinne des Plebiszits für Elsass-Lothringen annähme.

Nachdem u. a. in der Nachmittagsführung der armenische Vertreter eine Resolution für Ersetzung eines unabhängigen Armeniens eingebracht hatte, kam Renaudel auf die elsass-lothringische Frage zu sprechen und dankte Bünser, Kautsky und Bernstein, daß sie nicht die Internationale abgewartet hätten, um zuzugreifen, daß diese Frage nicht lediglich eine deutsche sei. Die französische Sozialdemokratie habe jenseits denselben Standpunkt eingenommen, nicht aus Chauvinismus, sondern weil die Fragen international seien. Die Revanche-Idee sei niemals in Frankreich derart stark gewesen, daß Frankreich deswegen einen Krieg hätte führen können. Elsass-Lothringen habe die Autonomie verlangt, um den Krieg zu vermeiden. Deutschland habe die Autonomie verweigert und den Krieg erklärt. Der jetzige Friede breche den Frieden von Frankfurt. Der Redner besprach dann noch die deutsche Resolution betreffend das linke Rheinufer und das Saarbecken und erklärte unter juristischen Beifall der Versammlung, daß die französische Sozialdemokratie sich jeder Annexion, ausgenommen der von Elsass-Lothringen, widereie.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 7. Februar. Buning erklärte im Verlauf seiner Rede: Nach meiner Auffassung geht Jouhaux in der Frage der Freiwilligkeit zu weit. Diese Frage kann von der gegenwärtigen Konferenz kaum geregelt werden.

Grünwald (Österreich) wies auf die geschliche Einführung des Achtstundentages in Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen und Litauen hin, ein Erfolg, der als Symbol aller während 30 Jahre geführten Kämpfe gelten könne. Die Gewerkschaften aller Länder müßten daher auf die geschliche Einführung des Achtstundentages hinarbeiten. Endlich verlangte Grünwald, daß in der wirtschaftlichen Deputation der Friedenskonferenz auch die Arbeiter vertreten seien.

Anschließend an die Erörterung beschloß die Versammlung die Ernennung von drei geschlichen Kommissionen für die Versammlung der Chartre internationale du Travail, zur Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale und für die Arbeitergesetzgebung.

Dieroux forderte Bianchi (Italien) wolle Freizügigkeit im Interesse der italienischen Arbeiter und möglichst weitgehende Erleichterungen für die Einfuhr von Rohstoffen, um den italienischen Arbeitern Arbeitsgelegenheit im eigenen Lande zu geben.

Grappiero (Schweiz), Gewerkschaftssekretär, verlangte nachdrücklich einen auf internationaler Basis beruhenden Arbeiterschutz. Die Schweizer Industrie sei von dem benachteiligten Ausland abhängig. Werde der Achtstundentag nicht als Norm aufgestellt, so könne er auch in der Schweiz nicht eingeführt werden.

Im Anschluß an diese Erörterung wurde eine von der französischen Delegation eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: Die internationale Gewerkschaftskonferenz, deren Delegierte Millionen vertreten, begrüßt die neuen Demonstrationen, die für die Befreiung der Arbeiterschaft innerhalb eines gerechten dauerhaften Friedens neue Möglichkeiten eröffnen.

Jacdel (Deutschland) betonte in der weiteren Erörterung als Vertreter der deutscher Textilindustrie, daß der Verfall der Gewerbe- und Arbeitslosenunterstützung größere Bedeutung beigemessen werden müsse, als Jouhaux es tue.

Frank (Kanada) verwies auf die Arbeitsverhältnisse in Kanada, wo man grundsätzlich für die Einwanderung sei, mo aber doch aus humanitären Gründen heute eine Einschränkung eintreten

Forderungen der Arbeitslosen.

In einer Versammlung der D. M. F. Noabit am letzten Mittwoch in der „Krone“ (Noabit) gab der Kollege Schmidt den Bericht der Arbeiterräte und führte aus, daß die Direktion nummehr, nachdem sie 8000 Arbeiter entlassen habe, auch den Arbeiterräten die Entlassung zusandte, trotzdem noch eine Anzahl von ca. 200 Arbeitern dort beschäftigt ist, also mindestens noch ein Arbeitermitglied seine Funktionen ausüben könnte.

Am Sonntag, den 2. Februar, verhandelten ca. 18 Arbeiterräte verschiedener Großfirmen, die ihre Betriebe ganz geschlossen oder größere Entlassungen vorgenommen hatten, mit dem Volksbeauftragten Wiffel. Die Arbeiterräte der D. M. F. erklärten Herrn Wiffel, daß sie schon einmal Gelegenheit hätten, mit dem Volksbeauftragten Parth zu verhandeln, vor dem sie im Beifall der Direktoren die bindende Erklärung verlangten, ob die Werke berechtigt seien, die Betriebe zu schließen, wenn die Werkbedingungen zur Weiterfabrikation gegeben sind. Parth erklärte den Herren Direktoren, daß unter diesen Umständen keine Berechtigung vorliege, sondern wenn dazu übergegangen wird, die Werke zu schließen, dieselben am nächsten Tage von der Regierung wieder eröffnet werden. Technische Erklärungen gaben sämtliche Arbeiterräte der anderen Firmen ab. Der Volksbeauftragte Wiffel behauptete nun, daß Parth kein Recht gehabt hätte, beratendes zu bestimmen, sondern er appellierte an das moralische Empfinden der Unternehmer. (1)

Dann beleuchtete Kol. W. unter härmlicher Zustimmung die politische Situation und namentlich den militärischen Blutgang nach Bremen. Nachdem noch Kol. Wegmann gesprochen hatte, der die heutige Regierung einer Kritik unterzog, wurden einstimmig folgende Resolutionen angenommen:

„Die am 5. Februar in der „Krone“, Alt-Noabit, Rathfindende, von über 2000 Personen besuchte Versammlung der D. M. u. F. Noabit, spricht der Regierung das schärfste Mißtrauen aus. Sie empfindet das Vorgehen gegen Bremen als ein Verbrechen der Revolution und verurteilt in diesem Vorgehen jede sozialistische Voranschauung. Der Bremer Arbeiterschaft, die trotz Verhandlungsbereitschaft zu diesem Schritt von einer brutalen Regierung gezwungen wurde, geht unsere volle Sympathie. Ihr revolutionäres Handeln soll und als leuchtendes Vorbild dienen. — Wir fordern den sofortigen Rücktritt Kollers, sowie aller mit dieser Blutschuld beladenen Männer in der Regierung. — Wir fordern ferner die sofortige Freilassung Ledebours, der bei uns als ehrlicher und mutiger Revolutionär mehr Vertrauen besitzt als die gesamte Regierung. — Wir fordern, daß unsere in Tegel schmachtenden Brüder sofort entlassen, wenigstens aber menschenwürdig behandelt und verpflegt werden. Sie alle wie auch Ledebour sitzen wegen politischer Vergehen, aus Idealismus begangen, unter einer sich sozialistisch nennenden Regierung im Gefängnis, während die gemeinen Mordbrenner Liebknecht und Rosa Luxemburg immer noch frei herumlaufen. Auch die Untersuchung gegen die Mörder der Parlamentäre in der Dragonerkaserne fordern wir sofort. Auch sie sind noch auf freiem Fuß. — Sodann fordern wir vor allen Dingen die Anerkennung der Arbeiter- und Soldaten-Räte und werden jeder Gewalttat gegen dieselben mit allen Mitteln entgegenzutreten.“

„Die gesamte Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionswerke erhebt energischen Protest gegen die unwürdige Zumutung, Kundenslang vor den Arbeitsschweifen zu stehen, ehe ihre Abfertigung erfolgt. Sie verlangen, daß Nebenstellen in verschiedenen Stadtvierteln eingerichtet werden, wo die Abfertigung der Arbeitslosen vorgenommen wird. Ferner protestieren sie ganz energisch dagegen, daß man die Arbeitslosen als Arbeitslächer hinstellt, sondern stellen fest, daß die Arbeiterräte des Werkes alle Instanzen bis zu den Volksbeauftragten angerufen haben, um eine Schließung des Werkes zu vermeiden; trotzdem die Vorbedingungen zur Weiterfabrikation gegeben war, setzte man 12000 Arbeiter auf Pflaster.“

Beide Resolutionen wurden am 6. Februar in einer Versammlung in Wittenau vom Augellagerwerk derselben Firma ebenfalls einstimmig angenommen.

Ueber die Versammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Noabit bringt der „Vorwärts“ in seiner Donnerstagsausgabe einen ausführlichen Bericht, ohne auf das in der obenstehenden Resolution enthaltene Vergebens einzugehen. Er beschränkt sich lediglich mit der Erörterung der in dieser Versammlung aufgetretenen Redner, speziell des Genossen Wegmann.

Wie uns Genosse Wegmann hierzu mitteilt, ist seine Rede in diesem Bericht vollkommen entstellend wiedergegeben. Seine Aufforderung an die revolutionären Arbeiter, in die Freiwilligenkorps einzutreten, resultierte aus längeren Ausführungen, in denen er darauf hinwies, daß die in diesen Korps befindlichen Leute willenlose Werkzeuge in der Hand der Offiziere seien, die mit ihnen anfangen könnten, was sie wollten. Unter Bezugnahme auf die Anmerkungen einzelner Offiziere, man müsse jetzt in die sozialdemokratische Partei eintreten und mit den Mehrheitssocialisten zusammenschließen, um „die ganze Sache“ zu unterhöhlen, rief Genosse Wegmann, daß einige — wie er besonders betonte — der charakterfestesten Leute in diese Freiwilligenkorps hineingehören sollten, um zu verhindern, daß mit den jungen, unerfahrenen Leute jede Dummheit gemacht werde. Es ist ihm aber nicht eingefallen, zu sagen, sie sollten im gegebenen Moment ihr Gewehr herumwerfen.

Auch die Bemerkung, daß Genosse Wegmann Koller als den Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bezeichnet habe, trifft in der Weise nicht zu, wie sie der „Vorwärts“ bringt. Seine Äußerung lautete dahin, daß Koller durch die Unterzeichnung des Aufrufes der Wilmersdorfer Bürgerwehr, die die beiden getötet habe, eine Mitschuld an diesem Mord trage.

Aus der Parteipresse.

Die letzten erschienenen Nr. 6 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält u. a. folgende Beiträge: Die Zukunft der Arbeiterräte von R. Breitfeld, Rationalversammlung und Revolution von A. Stein, Demokratisierung der Parteiorganisation von O. Kenser, Bekämpfung der Wohnungsnot von S. D'Almeida.

Die Wochenchrift „Der Sozialist“ kann zum Preise von 5 Mark vierteljährlich bei jedem Lokant abonniert werden. Einzelnummern zum Preise von 50 Pf. sind bei den Spektatoren, Buchhandlungen, Zeitungskiosken und in der Expedition der „Freiheit“ erhältlich.

Gewerkschaftliches.

Forderungen der Zuschneider und Zuschneiderinnen in der Herrenkonfektion.

In einer allgemeinen Zuschneiderversammlung für die Herren- und Damenkonfektion im Gewerkschaftshaus erstattete gestern Kollege Gennow'ski Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern betr. die im Laufe des Jahres erhobenen Lohnforderungen. Für männliche Zuschneider wird ein Mindestlohn von 48 M., aufsteigend bis zu 81 M. pro Woche verlangt, weibliche sollen beim Eintritt in den Beruf 15 M., im Höchstlohn von 45 M. pro Woche erhalten. Dann wird die Einführung des achtstündigen Arbeitstages gefordert, am Sonnabend und an den Tagen vor den großen Festen soll der Nachmittag von 2 Uhr ab frei sein. Nach einjähriger Tätigkeit sind den Arbeitnehmern sechs, nach zweijähriger Tätigkeit zwölf Tage Ferien zu bewilligen. Die für die Konfektionäre bewilligten Feuerungsanlagen sind diesen gebührend abzugeben. Um zu dem Resultat der bis Montag stattfindenden Verhandlungen Stellung zu nehmen, wird zum Montagabend 7 Uhr eine Versammlung nach dem Rosa-Luxemburg-Straße am Königsgraben einberufen.

Schmiede. Eine Branchenversammlung aller in der Industrie, Karosserie und Wagenfabrik und Innungsbetrieben beschäftigten Schmiede, die sehr gut besucht war, fand am Montag, den 8. Februar in Köcker's Lokal statt. Den Bericht über die am Vormittag stattgefundenen Verhandlungen über das Lohnabkommen gab der Branchenleiter Köhler. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte Köhler die letzten Opfer der Revolution, er gedachte besonders des Genossen Viehnecht und Luxemburg, ebenso der Kollegen Noth und Krauß. Der erstere fiel bei den Kämpfen vor dem Kriegsministerium, letzterer harter in Koblenz bei der Aburteilung. Kollege Köhler führte aus, daß die Branche am 4. Januar den Vertrag abgelehnt habe, sei gut gewesen, habe doch die Kommission heute wesentliche Verbesserungen erzielt. Es sei die Unterteilung in drei Gruppen in Wegfall gekommen. Es bestehen also nur noch Groß- und Kleinfurter. Bei Großfurter erhalte der Schirmer 8,10 Mark, bei Kleinfurter 8 Mark. Die Prozente der Schirmermeister, die nach den ersten Verhandlungen durchweg 10 Prozent betragen, seien jetzt in drei Stufen geteilt. Die Kollegen, die landwirtschaftliche Maschinen anfertigen, erhalten 10 Prozent weniger. Die Sätze der Hammerführer und Beselerschmiede seien nicht geändert.

Die Diskussion war lebhaft. Großes Mißtrauen gegen die Unternehmer erregte der Vorschlag des Vertrages: „No Verbesserung bestehen, soll nicht geändert werden.“ Einige Redner erklärten, man solle heute den Tarif annehmen, die folgende Revolutionsgeschichte gehe sicher über den Kollektivvertrag hinweg. Der Vertrag gelangte schließlich zur Annahme.

Nachdem die Kollegen der Karosserie einen ähnlichen Wunsch für ihre Gruppe forderten, brachten die Kollegen der Kleinfurter zahlreiche Mißstände, namentlich bezüglich des Nachweises in der Rufstadt, vor. Köhler berichtete noch, daß die Gruppe der Beselerschmiede eine eigene Branche begründet habe.

Die Angestellten der Berliner Rechtsanwaltschaft und Notare trafen in einer Versammlung am Dienstag nach einem Vortrage des Vorsitzenden des Verbandes der Bureauangestellten, Siebel, folgenden Beschluß:

„Die in der heutigen vom Verband der Bureauangestellten einberufenen von über 600 Personen besuchten öffentlichen Versammlung anwesenden Groß-Berliner Anwaltschaftlichen fordern von den Groß-Berliner Rechtsanwältinnen den beschleunigten Abschluß eines Abkommens über die Regelung ihrer Gehalts- und Anstellungsbedingungen. Eine wesentliche Erhöhung der jetzigen unzureichenden Gehälter ist dringend erforderlich. — Die Versammlung verlangt, daß für diese Gehaltssteigerungen die vom Verband der Bureauangestellten vorgelegten Forderungen maßgebend sind. Der Berliner Anwaltsverein wird aufgefordert, mit dem Verband der Bureauangestellten beizutreten in Verhandlungen über die gestellten Forderungen einzutreten.“

Die gleichbedeutenden Mißstände werden aufgeführt, schließlich eine gesetzliche Regelung der Rechtsanwaltschaftlichen der Anwaltsangehörigen vorgeschrieben.

Die Versammlung beschloß, diese Forderungen durch einmütigen Beschluß an die Einzelorganisation der Groß-Berliner Anwaltsangehörigen, den Verband der Bureauangestellten, zu bekräftigen und zu unterstützen.“

Allgemeine Richtlinien für Tarifverträge zwischen Stadtgemeinden und händischen Arbeitern. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat im Einvernehmen mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin Richtlinien aufgestellt für den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Stadtgemeinden und händischen Arbeitern. Das Uebereinkommen bezieht sich in der Richtung der am 18. November 1918 in Anwesenheit der Volksbeauftragten zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften der Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarung, wonach unter Anerkennung der Kooperationsfreiheit der Arbeiter die Gewerkschaften als deren berufliche Vertretungen anerkannt werden und die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer in Aussicht genommen wird. Die Richtlinien werden vom Vorstand des Deutschen Städtetages den ihm unmittelbar angeschlossenen Städten zur Innehaltung empfohlen, einen rechtsverbindlichen Tarifvertrag stellen sie nicht dar. Sie gelten für alle händischen Arbeiter, indessen bleiben für das in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft und im Straßenbahnbetriebe beschäftigte Personal besondere Regelungen vorbehalten. Die Richtlinien nehmen Stellung zu einer Reihe von wichtigen allgemeinen Fragen des Gemeindearbeiterverhältnisses (z. B. Arbeitszeit, Entlohnung, Ueberzeitarbeit, Krankenlohn, Urlaub, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Kündigung und Dienstentlassung) und wollen so den allgemeinen Rahmen bilden für die von den Städten örtlich abzuschließenden Tarifverträge, welche alle näheren Einzelheiten zu regeln haben werden. Es ist die Einsetzung eines paritätischen „gemeindlichen Zentralausschusses“ in Berlin vorgezogen, dessen Aufgabe es auch ist, Arbeitsverhältnissen in Gemeindebetrieben zu verhüten und zu schlichten. Auf Wunsch

des Deutschen Städtetages in anderen Verbänden, namentlich auf Arbeitnehmersseite, die Möglichkeit des Beitritts zu dem Uebereinkommen ausdrücklich vorbehalten werden.

Groß-Berlin.

Zu den Elternversammlungen.

In der Aula der Leibniz-Oberrealschule fand Montagabend eine von den Elternversammlungen statt, die die Direktoren auf Pönisch's Vorschlag einberufen, um über den vielgescholtenen Schulausschlag und Vertrauensmännererlaß die Väter und Mütter entscheiden zu lassen. Wir greifen diese Sitzung heraus, weil ihr Verlauf und die auf ihr geäußerten Meinungen als typisch betrachtet werden können.

Der Herr Direktor referiert über die Vorteile und Schäden der Schulausschlag. Er kritisiert scharf ihre innere Rechtfertigung. Sie läßt dem ältesten Professor dasselbe Recht, wie dem unersährten Nannan in den Klecksjahren. Das nenne man Gleichberechtigung. Das Schulparlament werde, wenn es alle vierzehn Tage zusammenträte, alle Arbeitsfreude erlösen und die Konzentration der Schüler auf die Arbeit unmöglich machen. Das Resultat der Schulausschlag wäre doch kein Vertrauensverhältnis. Der gesunde Instinkt der Schüler wolle sich gegen eine Gleichstellung mit dem Lehrer. Die fatalen Folgen der Schulausschlag hätte auch Hoffmann geküßelt, der seinen Erlaß auf Nichtvollanhalten nicht ausgedehnt hätte. Ihn könne man weniger beklüßeln als seinen Mitarbeiter Kunze. Seine Experimente mit den Schulausschlag hätten nur darum Erfolg, weil er im Internat zugleich eine Hausgemeinschaft bilden konnte. So argumentiert der Direktor und wohl auch die Lehrerschaft. Am Ende empfiehlt er die Wahl von Vertrauensleuten, durch deren Zusammenhänge der Kontakt zwischen Lehrer und Schüler intimer werden soll. Die Eltern standen geschlossen gegen die Schulausschlag und ließen sich nur mühsam für die Einführung von Vertrauensleuten unter den Schülern gewinnen. Mit knapper Mehrheit stimmten sie dafür.

So sieht es in einer Elternversammlung in Berlin im dritten Monat der Revolution aus. Die Elternschaft will die Schule gegen jede Neuerung schützen. Man hat noch nicht begriffen, daß der alte Staat keine Schulen einrichtete, wie er sie brauche. Seinem innerlich leblosen Obrigkeitsstaate entsprach eine autoritäre Schule, wo das Verhältnis des Lehrenden zum Lernenden reaktiviert wird durch das absolute Autoritätsprinzip. Das Erzieher und Adalina gemeinsam an der großen Aufgabe der Erziehung schaffen können, so daß nicht nur der eine leitet, der andere unwillig sich leiten läßt, sondern so, daß der eine dem andern hilft, sich selbst zu erziehen. Dieser große Gedanke ist in die Hände der Eltern und wohl auch der Lehrer nicht hineingekommen. Der Schüler steht noch der Revolution vor anderen Lebensaufgaben als vorher. Darum muß die Erziehung eine neue Richtung bekommen, nämlich die Richtung auf die freie, verantwortliche Entwicklung der Persönlichkeit innerhalb einer Gemeinschaft, deren Teil sie ist. Die Schüler sollen mit vollem Bewußtsein in den neuen Staat hineinwachsen, den mitzubauen nur eine freiwillige, auf Einsicht gegründete Einordnung möglich macht. Darum brauchen wir eine neue Schulverfassung, bei der der Schüler mehr ist als der widerwillig sich Unterordnende. Weit wichtiger als diese Einrichtung in den höheren Schulen drängt uns eine gründliche Reform des gesamten Schulwesens. Einmal muß eine vollkommene Umgestaltung des Aufbaues der Schule erfolgen und dann eine grundlegende Änderung der Lehrpläne überhaupt.

Ordnungsliebende Truppen.

Die Ordnungshüter in Bernau arbeiten noch immer mit ihren Maschinenwephren, um von den zuständigen Stellen Geld zu erpressen. Unsere neuliche Schilderung war noch viel zu milde. Ein Leutnant und etwa 40 Mann zogen stark bewaffnet mit zwei Maschinengewehren zum Soldatenrat, wo sie von dem einen anwesenden Mann die Unterschrift erprechten, daß er sein Amt niederlegt und Bernau verläßt. In demselben Aufzuge zog diese Gesellschaft zum Arbeiterrat, einem Manne von 71 Jahren. Dieser hünte sich aber dem Zwange nicht. Trotzdem der Zahlmeister dem Arbeitermeister erklärt hatte, er habe für die Befriedigung geforgt durch Beschaffung von 60 Kartblampen, wiederholte die Truppe am andern Abend ihren Erpressungsflug. Wenn irgandwo ein Arbeiterrat einen Uebergriff begeht, heißt die Presse über Sparkassenputz, hier erprecht eine zum Schutze der Ordnung bestellte Truppe unter Anwendung schlimmster Gewalt die Hergabe von Geld, damit es den Ginnwohnern entzogen wird.

Auf dem Stettiner Bahnhof wollte am Donnerstagabend ein Arbeiter mit seiner Frau eine aus Medlenburg ankommende Person abholen. Auf den Bahnsteig durfte er nicht, selbst vom Vorderposten wurden die Leute von jungen Soldaten fortgeführt, da eine starke Abperrung vorgenommen war; zu welchem Zweck, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Behandlung, die der Arbeiterfrau zuteil wurde, war unerhört. Vor den Bauch gestochen, mit unverschämten Redensarten traktiert. Das ist so der Umgang, den das Publikum sich gefallen lassen muß.

Ein bei der Befragung des Müllereinkaufes Verhafteter und jetzt vom Gericht Verurteilter teilt jetzt mit, wie es ihm bei seiner Verhaftung ergangen ist. Danach hat man ihm seine Sachen (Taschentuch, Brieftasche, Geld u. a. abgenommen, obwohl er sich die Sachen geforgt hatte. Einem Kameraden von ihm wurde von Re-

herungstruppen der gute Waffentrock ausgezogen und ihm faste der ihm abgenommene Taschentuch angezogen. Die Ordnung schreitet dotan.

Gegen den „Vorwärts“. In einer stark besuchten allgemeinen Kempner-Versammlung für Groß-Berlin, die in den Andreasstraßen tagte, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, in Zukunft im „Vorwärts“ nicht mehr zu inserieren. Er habe durch seine schmuckvolle Schreibweise gegen die Klassenbewußte Arbeitererschaft sich selbst gerichtet und treibe seit Jahren lebhaft Arbeiterverwirrung. Es wurde beschlossen, in Zukunft nur noch in der „Freiheit“ und in der „Roten Fahne“ zu inserieren.

Ein politisches Attentat. Im Polizeipräsidium hat gestern vormittag ein Kriminalbeamter auf den Oberwachmeister Erdmann drei Schüsse abgegeben. Die Ursache des Attentats ist in politischen Differenzen zu suchen. Die fassam bekannte Berliner politische Polizei ist dabei, sich im Polizeipräsidium neu zu formieren. Das heißt: sie nimmt die in den ersten Revolutionswochen lahmgelegte Tätigkeit wieder auf und läßt sie in der alten Weise aus. Herr Erdmann ist der Organisator. Er duldet keine Gegenmeinung. Es geht wie unter den Hohenzollern.

Achtung! Hierter Kreis. In der Liste der Vorkandidaten für die Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl ist durch ein Versehen der Name des Genossen Gieske ausgelassen worden. Wir bitten die Genossen, den Namen nachzutragen.

Lebensmittellender.

Störung der Milchzufuhr. Der Berliner Magistrat teilt mit: Da die durch den Kohlenmangel hervorgerufenen Störungen im Güterverkehr leider andauern und die Eingänge an Frischmilch nach Groß-Berlin außerordentlich beeinträchtigt, werden von Sonnabend, den 8. Februar, ab auf drei Tage die C-Milchkarten statt mit Frischmilch mit Kondensmilch beliefert. Jeder Bezugsberechtigte der CI- und CII-Karten erhält am Sonnabend, den 8. Februar, eine Dose Kondensmilch, die für 3 Tage reicht. Im übrigen verbleibt es bei der bisherigen Belieferung. Von Dienstag, den 11. Februar, werden die C-Milchkarten wieder mit Frischmilch beliefert.

Berlin. Bis Dienstag, den 11. Februar, in den Bezirken der 150., 157., 158. und 215. Bezirkskommission, und bis Mittwoch, den 12. Februar, in den Bezirken der 140., 141., 142., 144., 145., 150., 154., 158., 189., 190., 199. und 233. Bezirkskommission pro Kopf 125 Gramm Käse.

Panzer. Von heute ab auf die beiden Bezugs- und Quittungsabschnitte 27 und 28 der Lebensmittelkarte für Jugendliche zusammen 100 Gramm lose Suppen und zwei Suppenwürfel zum Preise von 13 bzw. 20 Pfennigen. — Vom Sonntag ab gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnitts 88 von der allgemeinen Lebensmittelkarte 150 Gramm Graupen oder Grüge zum Preise von 14 Pfennigen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Dielepp, Reuhöfen. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbrucker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.



Jeder Sozialist

lese die soeben erschienenen Nr. der „Welt-Literatur“

Arizhaschen
Revolutionsgeschichten
für 25 Pf. überall zu haben.

„Die Welt-Literatur“ 2 1/2
Berlin 18 1. Tel. Zentrum 6033.

Von der Beschlagnahme freigegeben sind: die Eitenromane von Jolanthe Marks:

„Lilli“

Ein Sittenbild aus Berlin W. Preis 4.—

als Fortsetzung:

„Lillis Ehe“

Ein Sittenbild. Preis 4.— M.

Ein in kräftigen Strichen gezeichnetes Bild der heutigen Verhältnisse in den Großstädten.

Zu beziehen durch:

Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27. Abt. 8.

„Hinter geweihten Mauern“

von Peter Veridicus.

Rufzeichnungen eines Kostergeliebten. Preis 4.— M.

Die Nachfrage nach diesem Buche hat gezeigt, daß die Memoiren des Peter Veridicus in allen Volksteilen lebhaftes Interesse erregt haben. Ueberall sieht man die Sozialisten und Violett auf Pro ek erfolgt gegen das Militär, das widernatürlichste aller Gelübde.

Zu beziehen durch:

Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27. Abt. 8.

Achtung! Leitergerüstbauer. Achtung! Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bureau: Querfurter 14-15 II. — Bernauerstr. 2002 und 4747. Erlebnismittel: Nachzahlung für den Transport. Gabeln und Balken, Hölzer, 9. Bernauerstr. 2002, 2076, 2077. Am Sonntag, den 9. Februar 1919, vorm. 10 Uhr, haben im Hotel

Versammlung

Zweck: Besprechung der Tarifkommission, Beschlüsse.

Der nächsten Tag-Berührung werden die öffentlichen Erklärungen der Kollegen notwendig. Teil-Verhandlungen ist bestimmt Mitteilungen und auch Kontrolle vorzuziehen!

Die unerste Stunde nach dem Beschlusse sind Beschlüsse Angelegenheiten. Neue Mitglieder können aufgenommen werden. (zu telefonieren) (zu telefonieren)

Die Branchenleitung, Adolf Wagner, Schriftführer.

Waschu-Tolletten-Pett-sack an Private und Wiederverk. zu haben Miltbacherstr. 71. Jussergeb. IV. 2.

Rechtsanwalt

Während des Krieges Offizier, zuletzt Hauptmann, wünsch Mitarbeitererschaft oder redaktionelle Tätigkeit bei Zeitung, Zeitschrift, Verlag od dergl. Schriftstellerei befehligt, in Literatur und Kunst gut bewandert, kriech sehr selbständig denkend, von sicherem politischen und literarischem Urteil. Trifft ein für radikalste geistige, politische und wirtschaftliche Befreiung durch Kulturpolitik, Demokratie und energ. Sozialismus. Parteilos. Besonderes Interesse Theater. Off. Chiffre W 75, an Ann-Exp. Gallus & Pummer, Brannschweig.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

Jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-Entziehungen-Kuren, Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder, ohne Berufsärztin, Oestrene Räume für Damen und Herren.

Aerztlich geleitete Heilanstalt.

Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz, 9-1. 4-8. Sonntag 9-1.

Zeitungsfrauen

wenden noch in nachstehenden Expeditionen eingetruft.

Berlin:

- Cito Schmidt, Neuhofstr. 10.
- E. H. Hammerstr. 25.
- Marie, Ad.-r.-m.-H.-Hofstr. 50.
- Walter Paul, Rennerstr. 10.
- Dobrowitz, Altkönigsstr. 2.
- Thornleifer, Rüdigerstr. 10.
- Böring, Eichenstr. 26, n. v.
- Glantz, Köpenickerstr. 1.
- Werner, Mühlenerstr. 31.
- Genel, Heubergstr. 18.
- Schiffbauerdamm 10.

Friedenau:

W. Müller, Köpenickerstr. 51.

Spedition Maack von Kamerunerstr. 52 nach Kamerunerstr. 5 verzogen.

Relizende

All den vielen Freunden und Genossen, die meinen lieben Totes so überaus schön und warm erlitten und mir in die er Tagen so herliche Teilnahme erwiesen, sage ich, krankheitshalber nur auf diesem Wege, meinen innigsten und höchsten Dank.

Eva Mehring, Oranienwald-Sanatorium, im Februar 1919.

Wilmersdorf

Die Spedition der „Freiheit“ befindet sich bei Wölling, Babelsberger Str. 42. Dortselbst werden auch Botenfrauen eingestellt.

Lichtenberg

Die Spedition Tasdorfer Straße 3 (Preuß) ist verlegt nach Tasdorfer Straße 25 (Reisewitz).

Heilmagnetiseur A. Eisner, Schönbörs, Ebersstraße 59.